



Bericht aus Berlin

11 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

THW-Präsident bei Landesgruppe Baden-Württemberg

Mit einem Lagevortrag zur Situation in den Hochwassergebieten begann der gerade aus der überfluteten Stadt Deggendorf angereiste Präsident des Technischen Hilfswerks (THW) Albrecht Broemme seine Ausführungen vor der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag. Mit den Bundestagsabgeordneten diskutierte Broemme anschließend über die Fähigkeiten des THW in der Gefahrenabwehr. Der Präsident der THW-Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V., der Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger und der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsfamilienausschuss Markus Grübel regten eine verbesserte Einbeziehung des Engagements von Ehrenamtlichen beim THW in den Bundesfreiwilligendienst an. Auch der Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, der Abgeordnete Roderich Kiesewetter, berichtete von Planungen einer noch engeren Verzahnung von Reservisten mit dem THW im Katastrophenschutz. Nach dem Gedankenaustausch sagte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Thomas Strobl THW-Präsident Broemme die volle Unterstützung der Landesgruppe zu. Peter Götz und seine baden-württembergischen Kollegen waren sich einig: „Gerade jetzt zeigt sich wieder, wie wichtig der Erhalt der Einsatzfähigkeit des THW auf hohem Niveau für den Bevölkerungsschutz und wie wertvoll die Arbeit der zehntausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW ist“. Hintergrund: Das THW hat deutschlandweit über 80.000 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die von nur etwa 800 hauptamtlichen THW-Mitarbeitern bei ihren Einsätzen unterstützt werden.

Zu Besuch im Deutschen Bundestag

In dieser Sitzungswoche waren gleich drei Schulklassen zu Besuch bei Peter Götz MdB im Deutschen Bundestag. Die Schüler und Schülerinnen der Rheintalschule Bühl, der Werkrealschule im Ried und der Realschule Bietigheim hatten im Rahmen einer jeweils einstündigen Diskussion mit Götz die Gelegenheit zahlreiche Fragen zu stellen. Besonders interessierte die Schüler die Aufgaben eines Abgeordneten, der Ablauf einer Sitzungswoche und die Arbeit im Wahlkreis. Neben dem Besuch des Parlaments standen auch eine Vielzahl anderer Punkte für die Jugendlichen auf dem Programm, so z.B. ein Besuch in den Filmstudios in Babelsberg, ein informativer Stadtrundgang durch Berlin, Check-Point Charly in der Friedrichstraße, ein Besuch der Ausstellung von Madame Tussauds oder eine Führung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen.



Weitere Informationen: www.goetzpeter.de

Ratifizierung...

Für völkerrechtliche Verträge, die von der Bundesregierung ausgehandelt wurden, ist die Zustimmung oder Mitwirkung des Bundestages und des Bundesrats in der Form eines Bundesgesetzes erforderlich, sofern sie die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Auch grundlegende Reformen der Europäischen Union wie der Lissabonner Vertrag oder die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten müssen in jedem Mitgliedsland der Europäischen Union ratifiziert werden. Im Bundestag wird die Ratifizierung in zwei Lesungen vorgenommen. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in Bundestag und Bundesrat schließt der Bundespräsident im Namen des Bundes die Verträge, indem er sie mit seiner Unterschrift bestätigt und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Von der Ratifizierung unabhängig ist eine eventuell erforderliche innerstaatliche Umsetzung der Verträge.

Nachrichten

Kai Gallant aus Ottersdorf berichtet von seinem Praktikum bei Peter Götz

Eine 40-Stundenwoche, die bereits Mittwoch mittags zu Ende ist- und trotzdem bis Samstag morgen andauert? Das gibt es doch nicht! Oder etwa doch? Mein erster Blick in Herrn Götz Terminplan zeigte mir: Als Bundestagsabgeordneter ist dies keine Seltenheit. Zumindest nicht, wenn man Vorsitzender der Kommunal-AG ist und im Bundesvorstand der CDU mitentscheidet, wie bei dem Abgeordneten meines Heimatwahlkreises, Herrn Peter Götz. Der erste Tag meines einwöchigen Praktikums begann selbstverständlich nicht im



Reichstag, sondern in einem mir vorher unbekanntem Gebäude, dem Jakob-Kaiser-Haus. Hier wurde mir bereits die Dimension des Politikgeschehens in Berlin deutlich: In den Bundestagsgebäuden arbeiten etwa viereinhalb tausend Menschen, das heißt wesentlich mehr als in meinem Heimatort leben und auch die unterirdischen Verbindungen zwischen allen Häusern, mit Gesamtlängen von mehreren Kilometern und unzähligen Abzweigungen, zeigen, dass hier viel bewegt wird. „Viel bewegt“ wird auch vor allem in Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Fraktion und den unterschiedlichen Ausschüssen, denen ich beiwohnen durfte und wo für mich deutlich wurde, dass die eigentliche Arbeit und Politik hier gemacht wird und man hier meist sehr sachlich auch über Fraktionsgrenzen hinweg an Problemen arbeitet. Ebenso sind innerhalb einer Fraktion unterschiedliche Meinungen vorhanden, aber in den Fraktionssitzungen wird viel mit und für andere erklärt, gearbeitet und diskutiert. Abseits der sachlichen Themen war es sehr spannend die Regierungsmitglieder, die sonst nur im Fernsehen sichtbar sind, hautnah zu erleben und vor allem der Kanzlerin bei Teilen ihrer Arbeit zuzusehen. Höhepunkte waren für mich ebenfalls die Plenarsitzungen, also das was man als gemeiner Bürger von der Politik sehen kann und wo ich gesehen habe, wozu die Ausschuss- und Arbeitsgruppenarbeit führen kann und sollte. Der Tag ist mit solch vorgeschriebenen Tätigkeiten natürlich nicht zu Ende. Abends wird mit Journalisten, Experten und anderen Abgeordneten geredet oder man muss bei Sommerfesten und Einweihungen präsent sein und obwohl ich nahezu nichts tun musste als zusehen und staunen, war ich nach jedem 12-Stunden Tag erschöpft. Zwischen all dem noch Zeit finden um eine Rede zu überarbeiten?! Am Ende meiner Praktikumswoche bleibt die Erkenntnis, zu der alle auch drei Schulklassen gelangten, die Herrn Götz zu persönlichen und politischen Dingen löcherten: Für diesen Beruf muss man wirklich geboren und berufen sein!

Seniorenbüro in Bühl erhält Bundesförderung

Bundesministerin Kristina Schröder teilte Peter Götz mit, dass „das Seniorenbüro der Stadt Bühl zu den ausgewählten Bewerbern gehört, die sich durch eine besonders hohe fachliche Qualität, einen vorbildlichen Praxisbezug sowie gelungene innovative Ideen auszeichnen“. Hintergrund ist eine Ausschreibung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens „Anlaufstellen für ältere Menschen“, in der bundesweit Projekte gesucht wurden. Diese Projekte sollten im unmittelbaren Lebensumfeld Angebote fördern, die Teilhabe und Engagement, im Bedarfsfall auch Hilfe, Betreuung und Pflege ermöglichen. Weitere Informationen unter: www.goetzpeter.de.

Kongress-kommunal 2013

Im Jahr der Bundestagswahl trifft sich die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) vom 14. bis 15. Juni 2013 zur ihrem Kongress-kommunal und zur Bundesvertreterversammlung in Berlin. Weitere Informationen unter: www.kpv.de

Aus der AG Kommunalpolitik

Auf der Tagesordnung der AG Kommunalpolitik stand in dieser Woche das Thema „Entwicklung des Wohnungsmarkts aus kommunaler Sicht“.



Einige interessante Daten und Fakten...

„Sitzenbleiben“ und Schulnoten beibehalten

Die Mehrheit der Eltern und Lehrer sowie die meisten Schüler sind gegen die Abschaffung des „Sitzenbleibens“. Bei der Befragung im März 2013 gaben 55 Prozent der Lehrer aller Schularten an, dass Schüler bei schlechten Leistungen die Klasse wiederholen sollten. Bei den Eltern sind 59 Prozent dieser Meinung. Für eine leistungsunabhängige Versetzung sind nur 22 Prozent der Lehrer und 30 Prozent der Eltern. Die Schüler sprechen sich zu 47 Prozent für das Sitzenbleiben aus, 32 Prozent sind für eine Versetzung in jedem Fall. Hauptgründe für das Sitzenbleiben sind für 33 Prozent der Lehrer, dass so Defizite abgebaut werden könnten - elf Prozent gaben an, dass die Schüler weniger überfordert wären und ihr Selbstwertgefühl steigern könnten. Für die Abschaffung von Schulnoten als Instrument der Leistungsbeurteilung sprachen sich lediglich sieben Prozent der Lehrer und neun Prozent der Eltern aus. Noten sind für 79 Prozent der Lehrer (Eltern: 77 Prozent) wichtig, um Eltern und Schülern einen Eindruck über die Leistung der Schüler zu geben. 56 Prozent (Eltern: 58 Prozent) empfinden Noten auch notwendig, um die Leistungen von Schülern vergleichen zu können. Sowohl für Schüler als auch für Eltern sind gute Noten in der Schule von großer Bedeutung: 95 Prozent der Eltern und 88 Prozent der Schüler betonten, dass ihnen gute Noten wichtig oder sehr wichtig sind.

(Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Vodafone Stiftung Deutschland)

Niederlande sind wichtigster Lebensmittelimporteure

Die Niederlande waren im Jahr 2012 mit Abstand wichtigster Nahrungsmittellieferant Deutschlands: Insgesamt wurden aus den Niederlanden landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel im Wert von 12,8 Milliarden Euro importiert. Damit kamen 19,3 Prozent aller nach Deutschland importierten Nahrungsmittel von den niederländischen Nachbarn. Mit weitem Abstand folgten in der Rangliste der Importländer auf Platz zwei Frankreich (7,6 Prozent) und auf Platz drei Italien (6,4 Prozent). Auch in der Gesamtbetrachtung waren die Niederlande wichtigstes Importland für Deutschland: Im Jahr 2012 kamen insgesamt Waren im Wert von 86,5 Milliarden Euro von dort. Als Absatzmarkt deutscher Waren lagen im Jahr 2012 die Niederlande mit Exporten in Höhe von 70,9 Milliarden Euro auf Rang 4. Wichtigste deutsche Exportgüter in die Niederlande waren chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Maschinen. Die Niederlande gehören zu den wenigen Ländern, bei denen der deutsche Warenhandel einen Einfuhrüberschuss aufweist (15,7 Milliarden Euro).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche zufrieden mit Demokratie

Die Zufriedenheit der Deutschen mit der Demokratie hat in den letzten Jahren entgegen der öffentlichen Wahrnehmung zugenommen. Gaben im Jahr 2003 noch 67 Prozent der Befragten an, einigermaßen zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie zu sein, so sind es heute 83 Prozent. Der Anteil der Unzufriedenen hat sich im gleichen Zeitraum von 29 auf elf Prozent verringert. Vor allem in den neuen Ländern ist die Zufriedenheit größer geworden. Sie stieg von 47 Prozent im Jahr 2003 (Westen: 72 Prozent) auf 74 Prozent (84 Prozent). Auch beurteilen es nur 27 Prozent der Deutschen als sinnlos, sich politisch zu engagieren. Schließlich sind nur 24 Prozent der Bürger der Ansicht, die im Bundestag vertretenen Parteien würden sich inhaltlich nicht voneinander unterscheiden, 1991 waren dies noch 31 Prozent. 65 Prozent erkennen deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass die Entscheidung zur Wahlteilnahme vorrangig vom sozialen Umfeld abhängt: Wurde im Elternhaus sehr oft über Politik gesprochen, so liegt die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen bei 91 Prozent (Bevölkerung insgesamt: 57 Prozent). Ähnlich verhält es sich mit dem Wahlverhalten von Freunden und Bekannten. Gehen die meisten von ihnen wählen, so wird mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent an der Wahl teilgenommen.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung, Institut für Demoskopie Allensbach)